

INITIATIVE GRUNDEINKOMMEN ULM

Einwände gegen die Finanzierung eines bedingungslosen Grundeinkommens durch eine Konsumsteuer

Vorbemerkungen

Götz Werner, der Gründer einer überaus erfolgreichen Drogeriemarkt-Kette, hat die Grundeinkommensidee in den vergangenen Jahren überzeugend vertreten und ihr zu einer großen Anhängerschaft verholfen. Er schlägt zur Finanzierung eines bedingungslosen Grundeinkommens vor, alle Steuern und Sozialabgaben zu streichen und statt dessen eine Konsumsteuer von 100 % zu erheben, die - wie heute die Mehrwertsteuer - erst mit dem Konsum eines Produktes oder einer Dienstleistung fällig wird. In dem Film „Grundeinkommen“ von Daniel Häni und Enno Schmidt wird das Konsumsteuermodell anschaulich erläutert und ist von vielen BGE-Befürwortern akzeptiert. In der Öffentlichkeit wird daher häufig die Forderung nach einem BGE mit der Finanzierung über die Konsumsteuer verknüpft. Es ist aber nicht erkennbar, was der Vorschlag zu einer derart radikalen Steuerreform, die schwerlich umzusetzen sein wird, mit der Forderung eines BGE überhaupt zu tun hat. Was da auf den ersten Blick bestechend einfach und praktikabel erscheint, birgt Gefahren und kann zu ungewünschten und schädlichen Folgen führen, weshalb wir uns gegen eine *ausschließliche* Konsum-Besteuerung aussprechen.

Steuern steuern

Durch Steuern werden nicht nur öffentliche Aufgaben finanziert, es können mit Steuererhöhungen und -ermäßigungen auch abzulehnende oder wünschenswerte Entwicklungen *gesteuert* werden. An manchen Steuerarten ist dies unmittelbar erkennbar: Tabaksteuer, Alkoholsteuer, der halbierte Mehrwertsteuersatz z.B. erfüllen diese Doppelfunktion, und auch die gegenwärtig geforderte Finanztransaktionssteuer sowie Finanzproduktsteuer wären unter diesem Gesichtspunkt zu betrachten. Solche Möglichkeiten gibt es bei der Konsumsteuer nicht mehr. Im Gegenteil entsteht eine Art Konsumzwang, um die Staatskasse fortlaufend mit Geld - auch mit dem Geld für ein bedingungsloses Grundeinkommen - zu versorgen. Das widerspricht der allmählich wachsenden politischen Vernunft, *nachhaltiges* Wirtschaften angesichts der Endlichkeit der Ressourcen der Erde zu unterstützen.

Wie hoch müsste eine Konsumsteuer sein?

Sollte es nach dem Willen der Konsumsteuer-Anhänger nur noch eine einzige Verbrauchssteuer und keinerlei Sozialabgaben mehr geben, müsste diese Steuer so hoch angesetzt werden, dass eine Staatsquote von derzeit 47,5 % erreicht wird. Die Staatsquote stellt den Wertanteil sämtlicher Steuern und Sozialabgaben dar, die in einem Produkt bis zu seinem Verkauf enthalten sind - gegenüber dem verbleibenden Produktwert. Die Staatsquote macht also etwa die Hälfte des Produktwertes aus. Jeder Euro hat danach einen „öffentlichen“ Wert von 47,5 Cent und einen „privaten“ von 52,5 Cent. Rechnen wir der Einfachheit halber in 50 Cent zu 50 Cent, müsste eine Konsumsteuer den öffentlichen Wert von 50 Cent erbringen, also 100 % des Produktwertes ausmachen.

Auswirkungen auf die Preisstabilität

Im Netz findet sich eine ausführliche pro- und contra-Diskussion zum Thema Konsumsteuer:

1) „Der Konsumsteuer-Vorschlag - ein Hindernis auf dem Weg zum bedingungslosem Grundeinkommen?“ von Robert Ulmer (contra) am 8.7.2011

<http://www.grundeinkommen.de/08/07/2011/der-konsumsteuer-vorschlag-ein-hindernis-auf-dem-weg-zum-bedingungslosen-grundeinkommen.html>

2) „Konsumsteuer: Finanzierungsform einer freiheitlichen Gesellschaft - oder verkapptes neoliberales Abzock-Modell?“ von Ralph Boes (pro) am 2.11.2011 <http://www.buergerinitiative-grundeinkommen.de/sheets/aktuelles/konsumsteuer-kritik.pdf>

Ralph Boes erläutert im o.g. Artikel, weshalb die Preise bei einer 100% Konsumsteuer sich nicht ändern würden. Danach enthalten die jetzigen Preise inklusive aller Steuern und Abgaben eben

eine Staatsquote von nahezu 50%. Diese würde entfallen, so dass bei 100% Konsumsteuer die Preise gleich blieben.

Das gilt bei näherem Hinsehen allerdings ausschließlich für im *Inland mit inländischen Rohstoffen* hergestellte Produkte, die es bei uns so kaum noch gibt.

Import von Gütern

Bisher werden importierte Wirtschaftsgüter mit 19 % bzw. 7 % Einfuhrumsatzsteuer belastet. Eine dann 100 %-ige Konsumsteuer würde also eine beträchtliche Erhöhung der Lebenshaltungskosten nach sich ziehen, allein schon der Heizkosten. Auch alle anderen importierten Rohstoffe würden teurer und wiederum alle Produkte, die mit diesen Stoffen hergestellt werden. Ausländische Lieferanten werden ihre Preise nicht reduzieren, nur weil wir dann höhere Konsumsteuern in Rechnung stellen müssen. Es ist ferner mehr als fraglich, ob hiesige Unternehmen ihre Preise für inländische Produkte im vorausseilenden Bemühen um den Kunden senken werden.

Export von Gütern

Bei Exportgütern entfällt heute die Mehrwertsteuer von 19 bzw. 7 %, aber die deutsche Staatsquote mit ca. 30 % ist in den Endpreisen noch enthalten. Ausländische Käufer bezahlen also neben dem Warenwert einen Teil deutscher Infrastruktur, Bildung usw.

Bei Exporten würde die gesamte Konsumsteuer von 100% künftig entfallen und die Produkte *konkurrenzlos* billig machen. Dumpingpreise würden möglich, die den Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) widersprechen. Auch das ist nur auf den ersten Blick von Vorteil. Schon heute wird uns Exportweltmeistern vorgeworfen, dass wir mit deutschen Preisen, die mit Lohnzurückhaltung, prekären Arbeitsverhältnissen und „ausgelagerten“ arbeitsintensiven Produkten niedrig gehalten werden, Konkurrenten an die Wand drücken. Langfristig werden andere Ländern ihrerseits vermutlich mit protektionistischen Maßnahmen (Schutzzöllen u. dgl.) antworten. Dabei ist die Frage noch gar nicht geklärt, woher der so entgangene Teil der Staatsquote von anderer Stelle herkommen kann, denn es würde ja nicht einmal mehr der Firmengewinn versteuert.

Soziale Folgen

1. Bei höherem Einkommen besteht nicht die Notwendigkeit, alles Geld auszugeben und damit zu versteuern; der Überschuss kann steuerfrei gespart werden. Bisher ist jeder Spargroschen in irgendeiner Form versteuert. Bei der Konsumsteuer ist eine drastische Verringerung der Staatseinnahmen zu erwarten und gleichzeitig steigt das Geldvermögen der schon Vermögenden überproportional.
2. Nicht nur Bezieher höherer Einkommen können und werden verstärkt im Ausland konsumieren. Sie können also erheblich Steuern sparen, ohne schlechtes Gewissen. Oder müssten in Europa wieder Grenzkontrollen eingerichtet und die im Ausland gekauften Waren verzollt werden, um die Staatsquote zu erhalten?
3. Vermehrt würden die Ferien im Ausland verbracht; das Nachsehen hätten die deutschen Anbieter.
4. Und – ganz unter uns – die Gefahr, der Verlockung einer Konsumsteuerhinterziehung von 100 % zu unterliegen, ist ungleich höher als bei einer Mehrwertsteuer von 19 %.
5. Der Tauschhandel (Regionalwährungen, Tauschringe) würde unter der Konsumsteuer sehr interessant. Müsste er dann vielleicht untersagt werden?
6. Eine Nichtbesteuerung aller Einkünfte aus Erwerbstätigkeit, aus selbständiger Tätigkeit, aus Mieteinnahmen, Zinsgewinnen, Aktien- und Unternehmensgewinnen kündigt das Solidaritätsprinzip vollends auf. Das kann - auf lange Sicht gesehen - auch nicht im Sinne der Vermögenden sein, denn auch Bessergestellte leben besser, wenn die viel zitierte Schere arm-reich nicht noch weiter auseinandergeht.
7. Der Bezieher eines niedrigen Einkommens wird sein Geld verbrauchen müssen und mit 100 % Konsumsteuer die Hälfte seines Einkommens, wieder abgeben. Wer viel Geld verdient und nicht alles ausgeben muss/kann/mag, hat eine viel niedrigere Steuer-Quote. Bei einem Jahreseinkommen von 120.000 € und 80.000 € Konsum hat er 40.000 € Konsumsteuer bezahlt, das sind 33,3 % seines Einkommens, also ein Drittel.

Zusammenfassung

Die INITIATIVE GRUNDEINKOMMEN ULM sieht keine Notwendigkeit, die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens mit einer Umstellung der Besteuerung von Einkommen auf eine Verbrauchssteuer, die Konsumsteuer, zu verbinden. Die Konsumsteuer als einzige Steuer wird als sozial schädlich betrachtet.

Erhard Gross, Steuerberater | Mitglied der IGU | im. Januar 2012

Regelmäßige Treffen der INITIATIVE GRUNDEINKOMMEN ULM

Offene Gesprächsrunde

2. Sonntag im Monat, 17 Uhr | Galerie der pro arte ulmer kunststiftung über dem Café im Kornhauskeller, Hafengasse 19

Offener Arbeitskreis der Initiative

(Referate - Vorträge - Diskussion)

1. Donnerstag im Monat, 18 Uhr | **vh ulm, Einsteinhaus, Kornhausplatz 5** | Termine in der Presse, im vh-Programm, S.18 und auf der HP www.grundeinkommen-ulm.de

Kontakt: ggg-bge@t-online.de | Tel.: 0731-2059669 oder henning-jonas@t-online.de | Tel.: 07346-8242